

Solidarität 2000

Überlegungen zu einem neuen Begriff von Aufklärung, Politik und Zukunft*

Dr. Michael Schneider, geb. 1943 in Königsberg/Ostpreußen, Studium der Naturwissenschaften in Freiburg, Berlin und Paris, Studium der Soziologie und Philosophie in Berlin, seit 1975 freier Schriftsteller. Werke: Neurose und Klassenkampf; Die Wiedergutmachung oder wie man einen verlorenen Krieg gewinnt; Das Spiegelkabinett (1980 Literaturpreis).

„Ich habe bemerkt“, sagte Herr Keuner, „daß wir viele abschrecken von unserer Lehre dadurch, daß wir auf alles eine Antwort wissen. Könnten wir nicht im Interesse der Propaganda eine Liste der Fragen aufstellen, die uns ganz ungelöst scheinen?“

Diese Frage richtete Herr Keuner, alias Bertolt Brecht, an die Arbeiterbewegung seiner Zeit, der er sich und sein Schaffen verbunden fühlte. Würde er heute leben, würde er diese Frage vielleicht wieder stellen. Wenn die bundesdeutschen Gewerkschaften heute Schwierigkeiten haben, an bestimmte Arbeitnehmergruppen, besonders an Jugendliche, Frauen und Angestellte, heranzukommen und sie für die Mitarbeit zu gewinnen - hat dies nicht auch damit zu tun, daß Gewerkschafter „auf alles eine Antwort wissen“ und „die Liste der Fragen, die uns ganz ungelöst scheinen“, wenn überhaupt, dann eher in kleinen gewerkschaftlichen Funktionärs- und Führungszirkeln verhandeln, statt diese Fragen einem breiten öffentlichen Diskurs zu überantworten? Hat die Krise der Gewerkschaften im Bereich der Mitgliederwerbung nicht auch mit einer mangelnden Diskurs- und Streitkultur in den eigenen Reihen zu tun?

* Überarbeitete Fassung eines Vortrags bei der 13. Angestelltenkonferenz der IG Metall vom 2. bis 4. März in Frankfurt/M.

Wie zahlreiche Studien belegen, haben viele Jugendliche, Frauen und Angestellte Angst vor abstrakten und anonymen Großorganisationen wie Parteien und Gewerkschaften; befürchten sie doch, hier mit mehr oder weniger fertigen Meinungen und Beschlußlagen konfrontiert, das heißt auf Linie gebracht zu werden. Mehr Offenheit und Transparenz, mehr „Glasnost“ auch in den innergewerkschaftlichen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen aber bedeutet keineswegs, wie manche Gewerkschaftsfunktionäre fürchten: Standpunktlosigkeit. Mag der gewerkschaftliche Standpunkt auch noch so richtig und gut begründet sein, wenn er nicht das Ergebnis eines offenen und breiten Diskussionsprozesses ist, der abweichende Meinungen nicht ausschließt, dann wird er allemal als aufgezwungen oder gar als doktrinär empfunden. Gewerkschaftliches Sendungsbewußtsein ist eine gute und schöne Sache; aber die Sendung muß beim Empfänger auch ankommen. Und empfänglich ist dieser nur, wenn er die Freiheit hat, zwischen mehreren Sendern wählen zu dürfen.

Es ist wohl an der Zeit, von der etwas überheblichen Position Abschied zu nehmen, daß der organisierte Teil der „Klasse“ aufgrund seines politischen Bewußtseins schon wisse, was für den „Rest“, das heißt für die nicht organisierten Arbeitnehmer gut sei und wo es lang gehe. Mittlerweile ist ja die „Klasse“ in sich derart aufgefächert und differenziert, daß man die unterschiedlichen Interessen und subjektiven Bedürfnisse all ihrer Mitglieder nicht mehr alleine über ihre objektive Stellung im Produktionsprozeß definieren kann; zumal die Arbeitssituation und die Milieus in der Verwaltung und den technischen Büros ganz anders strukturiert sind als in Produktion und Werkstatt. Bekanntlich hat, infolge der zunehmenden Automatisierung und Elektronisierung des Produktionsprozesses, der Anteil der industriellen Hand- und Erwerbsarbeit stetig abgenommen, während der Anteil der Kopfarbeit, der technisch-wissenschaftlichen Intelligenz, der Ingenieure, Informatiker, EDV-Fachkräfte und so weiter - und damit der Anteil der mittleren und höheren Angestellten - kontinuierlich zugenommen hat. Angesichts dieser Entwicklung müssen gewerkschaftliche Großorganisationen, die nach wie vor den traditionellen männlichen Facharbeiter als Kern ihres Mitgliederbestandes haben, sich öffnen, um überhaupt mit den Wahrnehmungen, Bedürfnissen und Problemlagen anderer sozialer Schichten der Klasse vertraut zu werden und diese in Interessenvertretungspolitik übersetzen zu können.

Die Einheitsgewerkschaft gehört gewiß zu den größten gewerkschaftlichen Errungenschaften der Nachkriegszeit. Doch die Notwendigkeit für ein einheitliches Handeln nach außen setzt keineswegs eine gleichförmige Vereinheitlichung nach innen voraus. Auf Dauer wird die Einheit nach außen nur dadurch aufrechterhalten und gesichert werden können, wenn für unterschiedliche Auffassungen, in denen sich die inzwischen sehr differenzierten Bedürfnisse, Interessen und Problemlagen der verschiedenen Schichten der Klasse widerspiegeln, ein viel breiterer Raum geschaffen wird, als dies bisher der Fall war. Wichtiger als die Vermittlung linientreuer Gewerkschaftsmeinungen wird es

in Zukunft sein, entsprechende öffentliche Foren - auf inner- und außerbetrieblicher Ebene - zu schaffen, in denen ein breiter und offener Diskurs nicht nur über alle wichtigen Gewerkschaftsfragen, sondern auch über die drängenden Zukunftsfragen geführt werden kann.

Der bisherige Mangel an Offenheit und an Problembewußtsein, die Zukunftsfragen betreffend, ist wohl auch der Grund dafür gewesen, daß die Gewerkschaften erst spät mit den neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik, vor allem mit der ökologischen und der Friedensbewegung, in einen konstruktiven Dialog getreten sind. Viel zu spät wurde erkannt, daß die klassenübergreifenden und gattungsgeschichtlichen Fragen, wie die Frage der Ökologie, der Atomtechnologie, der Abrüstung und der Rüstungskonversion auch zentrale Fragen gewerkschaftlicher Politik sind und sein müssen. Hätten sich die Gewerkschaften zum Beispiel früher mit der Frage befaßt, wie Schwerter zu Pflugscharen umgeschmiedet und wie arbeitsplatzschaffende Investitionen getätigt werden können, die zugleich umweltverträglich sind (was die Diskussion alternativer Technologien miteinschließt), dann hätten sie gewiß bei den jungen Menschen eine viel größere Akzeptanz erreicht. Es muß uns doch zu denken geben, daß die Jugendlichen sich heute eher bei den Grünen und in der Evangelischen Kirche engagieren als bei den Gewerkschaften.

Das Beispiel der sowjetischen Reform- und Öffnungspolitik zeigt, welche vitalisierende Wirkung von der ehemals so erstarrten und verkrusteten KPdSU ausgehen kann, wenn sie sich wirklich um mehr „Glasnost“, um mehr Offenheit, Transparenz, Toleranz und Dialogfähigkeit mit anderen gesellschaftlichen Gruppen bemüht und die drängenden Zukunftsfragen der Menschheit zu ihrem vordringlichen Anliegen macht.

Die protestantische Erbschaft und die unfröhliche deutsche Aufklärung

Die mangelnde Attraktivität der Gewerkschaften hat aber auch, wie mir scheint, mit einer allzu puritanischen Vorstellung von politischer Aufklärung zu tun, die in der deutschen Geistes- und Sozialgeschichte allerdings eine lange Tradition hat. So alt wie die deutsche Aufklärung ist auch die Klage über ihr unfröhliches und philisterhaftes Wesen. Von Goethe bis Hölderlin, von Heinrich Heine bis Tucholsky, von Brecht bis Biermann ertönt diese Klage durch zwei Jahrhunderte deutscher Geistesgeschichte. Zu Recht hat schon Marx von Luther gesagt, daß er den äußeren Pfaffen nur bekämpft habe, um den inneren Pfaffen an dessen Stelle zu setzen. Und in dem Maße, wie sich die deutsche Aufklärung mit dem Protestantismus verband, wurde ihr auch das pfäffische Wesen einverleibt. Die protestantische Abstraktion vom Sinnlichen und vom sinnlichen Leben - man denke nur an die protestantische Bilderfeindlichkeit - ist gewissermaßen der Geburtsfehler der deutschen Aufklärung und begleitet sie seit ihren Anfängen von Kant über Hegel bis ins zwanzigste Jahrhundert. In Preußen-Deutschland kam die Aufklärung fast immer übers Katheder. Der satirische, humorvolle, kuhnarische, werbende Ton war

ihr ebenso fremd, wie der Predigerton ihr unverzichtbarer Bürge zu sein schien.

„Das Denken“, läßt Bert Brecht seinen Galilei sagen, „gehört zu den größten Vergnügungen der menschlichen Rasse“; um dieses Vergnügen darf man keinen Menschen, erst recht keinen jungen Menschen bringen - auch nicht im Namen einer Parteilichkeit, auf die freilich keine politische Bewegung und keine Gewerkschaft verzichten kann. „Die Herrschenden preiszugeben, vorzüglich der Lächerlichkeit“ und dem Gelächter, von dieser Technik des großen Aufklärers Bertolt Brecht könnte auch die gewerkschaftliche Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit etwas lernen. In der alternativen Szene scheinen sich derzeit lustvollere und vergnüglichere Formen der Aufklärung und des Protestes zu entwickeln als in der traditionellen Gewerkschaftsszene. Die Berliner Studenten beispielsweise haben ihren Protest gegen die Machenschaften des in Berlin tagenden Internationalen Währungsfonds unter anderem durch höchst originelle Happenings, Maskeraden, Rollenspiele und Straßentheaterauftritte zum Ausdruck gebracht, die manchen davon behinderten Autofahrer und manche zunächst erzürnte Hausfrau zu Sympathisanten werden ließen.

Das Lächeln, das Lachen ist noch immer der kürzeste Weg zum Menschen und kann so manchen Umweg schweißtreibender Überzeugungsarbeit überflüssig machen. Ich spreche hier aus meiner doppelten Erfahrung als Schriftsteller, der viel mit Öffentlichkeit, auch mit Theater und Fernsehen zu tun hat, und als nebenberuflicher alternativer Zauberünstler, der politische Inhalte gerne über die Trickkiste vermittelt. Zu meinen schönsten, leider bis heute nie in Erfüllung gegangenen Bühnenillusionen gehört die, Norbert Blüm coram publico zu zersägen und das Publikum dann darüber abstimmen zu lassen, ob ich ihn wieder ganz machen soll. Das wäre zugleich ein echter (Fort)Schritt von der repräsentativen Bonzen- zur plebiszitären Volksdemokratie.

Das (ökonomische) Sein bestimmt nicht allein das Bewußtsein

Die deutsche, die linke Aufklärung leidet noch an einem anderen Handicap: unter einem *zu engen Politikbegriff*. Der Mensch lebt nicht von Politik und Tarif politik allein, sondern auch - worauf Ernst Bloch hingewiesen hat - von Träumen und Tagträumen, Phantasien und Märchen, Gefühlen und Leidenschaften; kurzum: von jenen immateriellen Brennstoffen, die der klassische Marxismus und die traditionelle Arbeiterbewegung als „subjektiven Faktor“ stets unterbewertet, ja sträflich vernachlässigt haben.

Gerade junge Menschen haben nicht nur das Bedürfnis, sich mit ihrer Umwelt und ihren Arbeitgebern kritisch auseinanderzusetzen, sondern sie suchen auch nach Räumen und Freiräumen, in denen sie, unabhängig von Satzung, Beschlußlage und anderen Bevormundungen, über „Gott und die Welt“ diskutieren können. Dies zeigte sehr eindrucksvoll der letzte Evangelische Kirchentag. Gerade mir, der ich das Alte und Neue Testament schon früh mit

dem „Kapital“ Band I und II vertauscht habe, tut es fast weh zu sehen, daß der Schoß der Evangelischen Kirche derzeit für Jugendliche mehr Anziehungskraft zu haben scheint als der starke Arm der Gewerkschaften, der vielleicht zu rasch zum Zangengriff wird. Freilich haben sich die DGB-Häuser noch immer nicht von ihrem prüden Erscheinungsbild als „Verwaltungs- und Schulungshäuser“ gelöst. Sie sollten, um für Jugendliche attraktiv zu werden, viel mehr den Flair von Wohngemeinschaften, Cafés und Jugendtreffs ausstrahlen und das - gewiß - notwendige Schulungsprogramm durch phantasievolles Kulturangebot ergänzen. Und warum sollten, was jeder zweite Kaufhauskonzern heute der Einkaufsfamilie bietet, die Gewerkschaftshäuser nicht auch offerieren können: nämlich eine Plüschtier- und Spielzeuglandschaft für die Kleinen, damit die gestreßten Eltern und die alleinerziehenden Mütter, statt ewig nach dem Rechten sehen zu müssen, einmal an einer linken Gewerkschaftsveranstaltung teilnehmen können.

Ein zu enger und zu puritanischer Politikbegriff beeinträchtigt aber nicht nur das öffentliche Erscheinungsbild der Gewerkschaften; er kann auch, wie wir aus der Vergangenheit wissen, zu gravierenden Fehleinschätzungen der ideellen und ideologischen Antriebskräfte politischer Massenbewegungen führen. Daß das ökonomische Sein nicht allein das Bewußtsein bestimmt, zeigt die Geschichte des Nationalsozialismus. Zu Recht hat Ernst Bloch seinerzeit den allzu rationalistischen Charakter sozialistischer und kommunistischer Aufklärung kritisiert: „Eine allzu abstrakte Linke hat die Massenphantasien unterernährt.. . Die Nazis sprechen betrügend, aber zu Menschen, die Kommunisten völlig wahr, aber nur von Sachen.“ Ein zu enger, ökonomistisch verkürzter Politikbegriff hat die - noch dazu gespaltene - Weimarer Linke daran gehindert, an die weitgehend irrationalen Gefühls- und Ideologiekomplexe der deutschen Kleinbürger und Arbeitslosen heranzukommen, die die NS-Propaganda so erfolgreich für sich mobilisieren konnte. Und bis zuletzt stand sie hilflos vor der sich immer weiter öffnenden „Schere zwischen Sein und Bewußtsein“, auf die Wilhelm Reich vergebens hingewiesen hatte (was er mit dem Ausschluß aus der KPD bezahlen mußte).

Katastrophen-Szenarien alleine wirken wenig mobilisierend

Auch diese Lehre ist aus der Vergangenheit zu ziehen: Daß das Ausmalen von Krisen- und Katastrophenszenarien - mögen diese auch noch so begründet und berechtigt sein - alleine wenig mobilisierend wirkt. Die Hoffnung vieler Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschafter vor 1933, daß die Verelendung der Massen diese gleichsam automatisch nach links treibe, war ebenso trügerisch wie die populäre Prophetie vom baldigen Zusammenbruch und Untergang des Kapitalismus. Dieser sollte sich, im Gegenteil, durch den Schulterschuß des Großkapitals mit der „nationalen Revolution“ schon bald stabilisieren und ein „braunes Wirtschaftswunder“ hervorbringen, das der NS-Politik eine zunehmend größere Akzeptanz in der Bevölkerung, auch in Teilen der Arbeiterschaft, verschaffte.

Auch die heutige Schwäche der bundesrepublikanischen Linken hat - nicht zuletzt - ihren Grund darin, daß sie seit geraumer Zeit ihre Energien im Ausmalen immer neuer Krisen- und Katastrophenszenarien erschöpft. Die eigentliche Katastrophe liegt für mich darin, daß so viele ehemalige Vorkämpfer der „konkreten Utopie“ inzwischen zu Totengräbern ihrer eigenen Hoffnungen und Zukunftsvorstellungen und so viele ehemals engagierte Materialisten und Sozialisten zu depressiven Endzeit- und Untergangspropheten geworden sind, die die kritische Gesellschaftstheorie gegen die „Neue (französische) Gulag-Philosophie“ und das dialektische gegen das para-religiöse Denken eingetauscht haben. Viele der ehemals radikalen Aufklärer von 1968 haben sich inzwischen im „Grand Hotel Abgrund“ und im trüben Lebensgefühl der Postmoderne komfortabel eingerichtet; dabei stellt diese in Wirklichkeit einen Salto mortale rückwärts in die Prämoderne dar.

Ich meine, man sollte genauer als bisher unterscheiden zwischen der berechtigten Angst vor drohenden ökologischen und möglichen atomaren Katastrophen als kollektiver Realangst, die erst im politischen Widerstand gegen Umweltzerstörung und weitere „Nachrüstungen“ produktiv wird - und jenem irrationalen und hysterischen Katastrophismus als schlechtem Ideologie- und Politikersatz, der von interessierten Kreisen künstlich geschürt wird, um jeden vitalen Veränderungswillen einzuschüchtern und sämtliche sozialen und humanen Zukunftsvorstellungen zu begraben.

Manche der linken Krisenszenarios halten einer genaueren Nachprüfung längst nicht mehr stand; so zum Beispiel die auch in den Gewerkschaften beliebte Prophetie, daß der fortschreitende technologische Rationalisierungsprozeß mit zunehmender Dequalifizierung und Heruntergruppierung der Arbeit bezahlt wird. So zeigt die Gehaltsentwicklung und Eingruppierungsstruktur im Angestelltenbereich der Metallwirtschaft einen deutlichen Aufwärtstrend. Waren 1970 erst 23 Prozent in der Leistungsgruppe 2 mit der höchsten Qualifikation eingruppiert, so betrug ihr Anteil 1985 schon 40,3 Prozent. Am unteren Ende haben die Leistungsgruppen 4 und 5 im gleichen Zeitraum von 31,6 auf 17,4 Prozent abgenommen. Auch die als Folge der technischen Rationalisierung vorhergesagte Entfeminisierung der Büros hat nicht stattgefunden. Eine gewerkschaftliche Aufklärungsarbeit, die Mitglieder vor allem dadurch zu werben sucht, daß sie ihnen beständig das Bild ihrer unausweichlichen Verelendung vor Augen hält, geht an der Realität vorbei und wirkt gerade auf Angestellte wenig überzeugend.

Der „zivilisatorische Effekt des Kapitals“

Das einseitige Ausmalen von Krisen- und Katastrophenszenarios wirkt vor allem deshalb kontraproduktiv, weil es den Blick für die reale Widersprüchlichkeit der gesellschaftlichen Entwicklung von heute verstellt. Trotz krisenhafter ökonomischer Entwicklung, trotz Massenarbeitslosigkeit und Tendenz zu neuer Armut, hat sich das Bild des Kapitalismus in den letzten Jahrzehnten sehr gewandelt; haben sich, vor allem dank der kontinuierlichen Auseinander-

Setzungen der Gewerkschaften mit dem Kapital, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer erheblich verbessert. So ist heute vieles von dem erreicht worden, was man im ersten Drittel des Jahrhunderts kaum für möglich gehalten hätte oder was manchem unserer Väter und Großväter nur durch eine sozialistische Revolution erreichbar schien: nämlich hohe Einkommen, disponible Arbeitszeiten, sozialstaatliche Sicherungssysteme, Verrechtlichung der Arbeitsverhältnisse und ein Ausbau des Bildungswesens, das es in einer historisch einmaligen Weise auch Arbeitnehmerkindern ermöglicht, hohe und höchste Bildungsabschlüsse zu erzielen. Auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Konsum hat einen Stand erreicht, wie er vor Jahrzehnten undenkbar gewesen wäre.

Den meisten Arbeitnehmerhaushalten steht heute mehr Einkommen zur Verfügung, als für die elementare Existenzerhaltung notwendig ist. Damit eröffnen sich neue und bislang nicht gekannte Wahlmöglichkeiten. Vor allem in den Bereichen Kultur, Bildung, Sport und Reisen sind größere Chancen zur Befriedigung der jeweils individuellen Bedürfnisse entstanden. Mit dem Kampf um Arbeitszeitverkürzung, verlängerten Urlaub und kürzere Lebensarbeitszeiten sind verfügbare Zeit- und Freiräume entstanden, die deutlich größere Entfaltungs- und Gestaltungschancen auch in der Privatsphäre ermöglichen.

Der Kapitalismus ist - was die klassische Arbeiterbewegung wohl immer unterschätzt hat - eine erstaunlich resistente und anpassungsfähige Produktionsweise, die nicht nur von einer Krise in die nächste stolpert, sondern auch in periodischen Abständen Modernisierungsschübe hervorbringt, das heißt eine widersprüchliche Tendenz zur Höherentwicklung beinhaltet. Übrigens hat schon Marx auf diese „zivilisatorische Seite des Kapitals“ aufmerksam gemacht, die aus der ungeheuren Steigerung der Produktivkräfte der Arbeit resultiert, welche wiederum die materielle Voraussetzung für eine Höherentwicklung der Gesellschaft und für die Entfaltung der Ansprüche und Bedürfnisse des Individuums schafft.

Darum sollten sich die Gewerkschaften davor hüten - wie oft in der Vergangenheit geschehen - die gerade im Angestelltenbereich entwickelten individualistischen Lebensstile und Denkhaltungen als etwas der organisierten Arbeiterbewegung Wesensfremdes, ja als Ausdruck elitärer und luxuriöser Ansprüche kleiner Minderheiten abzutun. Schließlich waren es die Gewerkschaften selbst, welche die Bedingungen erkämpft und geschaffen haben, daß heute Bedürfnisse nach Emanzipation, Selbstverwirklichung und Individualität zum Ausdruck gebracht werden können.

Kehrseiten des „zivilisatorischen Effekts“ und die „Irrationalität des Systems“

Wenn ich hier auf die widersprüchliche Tendenz zur gesellschaftlichen Höherentwicklung verwiesen habe, so ist daraus keineswegs der voreilige Schluß zu ziehen, daß die „freie Marktwirtschaft“ die beste aller Welten ver-

körpere und die Überwindung des privatkapitalistischen Systems nicht mehr notwendig und nicht mehr wünschenswert sei, wie viele Sozialdemokraten und Gewerkschafter, auch viele Alt-68er und Grüne glauben. Denn so rationell seine einzelnen Betriebsteile auch organisiert sind, so irrational ist die Dynamik dieses Systems als Ganzem. Bekanntlich ist die Produktion im Kapitalismus kein bedarfsorientierter Selbstzweck, sondern vornehmlich Mittel zum Zweck der Kapitalverwertung und Profitmaximierung. Jeder Schokoladenseite dieses dynamischen Wirtschaftssystems steht daher eine deutliche Kehrseite gegenüber, und beinahe jeder Fortschritt auf der Ebene der Produktivkraftentwicklung wird mit einem gleichzeitigen Anwachsen von destruktiven und irrationalen Potentialen auf anderen Ebenen erkaufte. Wer dies nicht sieht, weil er sich vom technologischen Fortschritt blenden läßt, der ist genauso einäugig wie jene, die nur noch Katastrophenvisionen anhängen.

Eine der Kehrseiten des „zivilisatorischen Effektes“ ist die wachsende Asymmetrie in den Verteilungsverhältnissen, die sich immer weiter öffnende Schere zwischen Unternehmergewinnen und Arbeitseinkommen. Auch wenn letztere absolut steigen, so wird doch ihr relativer Abstand zu den noch schneller steigenden Unternehmerprofite immer größer. Eine andere Kehrseite ist der systemimmanente Zwang zur permanenten technischen Innovation und Rationalisierung, der mit Massenarbeitslosigkeit, Betriebsstilllegungen, einer wachsenden Zahl von Sozialhilfeempfängern und zum Teil auch mit neuer Armut erkaufte wird. Dabei will es die zynische Pointe, daß ausgerechnet die wirtschaftspolitischen Sprecher jener Konzerne und Großbanken, denen die Wirtschaftskrise und die Konkurswelle der siebziger und frühen achtziger Jahre wie eine Badekur bekommen ist, den Gewerkschaften heute Lohnverzicht, Wochenend- und Sonntagsarbeit predigen und mit allen Mitteln versuchen, die bereits durchgesetzten Arbeitszeitverkürzungen wieder rückgängig zu machen. Dank der Milliardenwerte, die sie via „Risiko-Rückstellungen“ und „Pensionskassen“ jährlich dem Fiskus hinterziehen und dank der gigantischen Erlöse aus dem Exportgeschäft schwimmen sie heute dermaßen in Geld, daß sie es auf den internationalen Geld- und Devisenmärkten für sich „arbeiten“ lassen und im Ausland ganze Imperien zusammenkaufen. Daimler-Benz beispielsweise zieht aus seinem Anlagevermögen in Geld und hochverzinslichen Wertpapieren heute schon mehr Gewinn als aus dem Verkauf seiner gesamten Automobile. Da braucht man sich nicht zu wundern, daß das investive Engagement der Großkonzerne im Inland ebenso abnimmt wie die Arbeitslosigkeit zunimmt; zumal dann, wenn mit dem Kapital auch immer mehr Arbeitsplätze in die Billiglohnländer exportiert werden; eine Tendenz, die mit der Herstellung des europäischen Binnenmarktes noch zunehmen wird.

Aber für die meisten Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Grünen gehört ja die Kritik der Politischen Ökonomie des Kapitals schon lange zum „alten (marxistischen) Eisen“. Und so kann denn ein sozialdemokratischer Ministerpräsident großspurig behaupten, daß man von Marx nichts mehr

lernen könne und gleichzeitig die Forderung nach einem freiwilligen Lohn- und Gehaltsverzicht für mittlere und höhere Einkommensgruppen des Öffentlichen Dienstes erheben, ohne daß ihm einer zum Beispiel folgende Gegenrechnung aufmacht: Die Liquiditätsreserve des Hauses Siemens übertraf schon im Jahr 1984 mit 16,5 Milliarden DM das gesamte Kapital (samt Rücklagen) der drei deutschen Großbanken zusammengenommen um 4,5 Milliarden DM oder um 37 Prozent. Allein diese eine Firma hätte aus ihren angesparten Geldreserven das gesamte Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld des Jahres 1984 in der BRD bezahlen können und noch immer eine halbe Milliarde DM übrigbehalten.

Ich halte es für eine der folgenschwersten Entscheidungen der fünfziger Jahre, daß der DGB und die deutsche Sozialdemokratie bei ihrer Einpassung in den „Wirtschaftswunder“-Kapitalismus so gut wie alle sozialistischen Neuordnungsvorstellungen der unmittelbaren Nachkriegszeit als „ideologischen Ballast“ abgeworfen und einer rein pragmatischen Interessenpolitik zuliebe geopfert haben. Die Folge ist, daß die Gewerkschaften heute den durch keinerlei soziale Rücksichten mehr gebremsten Rationalisierungs- und Profitmaximierungsstrategien der Großkonzerne und Banken hilf- und konzeptionslos gegenüberstehen und auf Massenentlassungen, Betriebsschließungen und soziale Demontage nur mehr defensiv, durch Erstellen von Sozialplänen und so weiter reagieren können.

Nicht nur die sozialen, auch die ökologischen Nachfolgekosten eines hemmungslosen, nur von der Profitlogik angetriebenen Industrialismus werden immer größer. Diesen müssen wir schon heute mit vergifteten Böden, verunreinigtem Grundwasser, umgekippten Seen und Meeren, sterbenden Wäldern und dem Exitus vieler Pflanzen- und Tierarten bezahlen. Wenn dem Raubbau und der Vergiftung von Umwelt, Natur und Biosphäre nicht bald durch entsprechende Gesetze und staatliche Eingriffe in die geheiligte Unternehmerfreiheit Einhalt geboten wird, wenn nicht schon bald strikte Verbote für die Herstellung bestimmter umweltschädigender Produkte erlassen werden - dies gilt insbesondere für die Großchemie -, dann besteht allerdings die Gefahr, daß die natürlichen Lebensgrundlagen nicht mehr regenerierbar sind und schon die nächsten Generationen um ihre Zukunft betrogen werden.

Auch ist offenkundig, daß ein auf Profitmaximierung getrimmtes Wirtschaftssystem, allen pazifistischen Beteuerungen zum Trotz, danach streben muß, sein Kapital dort anzulegen, wo es sich am schnellsten vermehrt: nämlich in der Rüstungsindustrie, wo im Schnitt zwei- bis dreimal so hohe Renditen erzielt werden wie im zivilen Sektor. Auch die neue Entspannung im Ost-West-Verhältnis, die sich den einseitigen Abrüstungsschritten der Sowjetunion verdankt, kann nicht über das harte ökonomische Faktum hinwegtäuschen: daß nämlich die Abhängigkeit gerade der entwickeltsten kapitalistischen Volkswirtschaften des Westens vom „militärisch-industriellen Komplex“ immer größer wird. In den USA beispielsweise sind ca. 1 000 Konzerne direkt von Aufträgen des Pentagon abhängig, und rund 15 000 amerikanische Firmen

arbeiten als Zulieferer für die Rüstungsindustrie. Wie soll da, selbst bei gutem Willen, eine Abrüstung größeren Umfangs vonstatten gehen, ohne eine schwere wirtschaftliche Depression auszulösen? Hauptsächlich aus diesem Dilemma resultiert auch die derzeitige Doppelzüngigkeit des konservativen Lagers in den USA und der Bundesrepublik: Auf der einen Seite lobt man Gorbatschows Abrüstungsinitiativen; auf der anderen Seite trifft man - wenn auch hinter vorgehaltener Hand - die Vorbereitungen für die nächste „Nachrüstungsrunde“ - nicht nur im Bereich der atomaren Kurzstreckenraketen -, vergibt man milliardenschwere Rüstungsaufträge, unter anderem für den Bau des „Jägers 90“ an westdeutsche Konzerne, und erhöht den Wehrdienst auf 18 Monate - und dies zu einer Zeit, da selbst die perestroika-unwülig DDR ihre Truppen reduzieren will.

Plädoyer für einen qualitativ neuen Fortschritts- und Zukunftsbegriff

Die - hier kurz skizzierten, beileibe nicht vollständig aufgezählten - irrationalen „Sachzwänge“ und destruktiven Auswirkungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems sind auch die tiefere (zumeist unbegriffene) Ursache für jene irrationalistischen, pessimistischen und nihilistischen Stimmungen, die sich in breiten Teilen der bundesrepublikanischen Bevölkerung und vor allem in der Jugend ausbreiten. Trotz steigenden Wohlstands und vermehrter individueller Freiheiten laviert diese Gesellschaft am Rande einer schon chronisch gewordenen Sinnkrise, deren deutlichster Ausdruck die überall schwelende Zukunftsangst ist.

Wie die Erfahrung lehrt, halten die Menschen, vor allem junge Menschen, das Gefühl der Sinnlosigkeit nicht lange aus und sind daher für neokonservativen und reaktionären Sinn-Ersatz in besonderem Maß anfällig. In einer solchen gesellschaftlichen Situation sind vor allem die Gewerkschaften als die größten gesellschaftlichen Massenorganisationen dazu aufgerufen, sich nicht nur auf pragmatische Interessenvertretungspolitik zu beschränken, sondern auch wieder gesellschaftspolitische Sinnstiftungsfunktionen zu übernehmen, das heißt zu Trägern positiver Zukunftsvorstellungen und glaubwürdiger Utopien zu werden. Andernfalls besteht die Gefahr, daß die neokonservativen „Wender“ und die militanten Sinnstifter von rechts, wie die jüngsten Wahlerfolge der Neonazis zeigen, das gesellschaftliche Sinn-Defizit auf ihre Weise zu füllen suchen.

Auch diese Lehre ist nämlich aus der Weimarer Republik zu ziehen: daß sich die entschiedenen Heilsbringer von rechts - heute kommen sie eher im christlich-konservativen Biedermannskostüm daher und führen den Mercedestern im Wappen - durch das „No-Future“-Geschrei nicht aufhalten lassen. Aufzuhalten sind sie nur, wenn man ihren scheinpositivistischen Heils- und technokratischen Fortschrittslehren ein anderes Positivum, einen anderen Fortschrittsbegriff, ein alternatives Wertesystem entgegenstellt, das sich glaubhaft vermitteln läßt und einer zunehmend desorientierten und demoralisierten Jugend auch Möglichkeiten einer positiven Identifikation bietet. Der

beängstigende Erfolg der neokonservativen Parteien und Strömungen in ganz Westeuropa ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß es ihnen gelungen ist, den Fortschrittsbegriff zu besetzen und den Veränderungsbonus für sich in Anspruch zu nehmen. Heiner Geißler hat sehr klar formuliert, daß es nicht mehr um „die Besetzung von Bahnhöfen, sondern um die Besetzung von Begriffen“ geht.

Unter den Bedingungen einer Industriezivilisation, die sich immer höher entwickelnd zugleich einem zerstörerischen Selbstlauf folgt, ist die Bedingung eines qualitativ neuen Fortschritts- und Politikbegriffs die „demokratische Ermächtigung der Politik“, wie es der grüne Soziologe Norbert Kostede einmal formuliert hat: „Wie die technologischen und vor allem die kerntechnologischen Komponenten des modernen Industriesystems nicht seiner Eigen-dynamik, dem Wechselspiel von ökonomischen Profitinteressen, naturwissenschaftlichem Sachverstand und staatlicher Rahmenplanung überantwortet werden können, sondern das letzte Wort der Politik verlangen, so gilt auch für den Langzeit-Skandal ‚Waldsterben‘ durch sauren Regen, daß die dafür verantwortlichen Partikularinteressen der Großfeuerungs- und Kraftwerksbetreiber zu einer massiven Intervention der Politik herausfordern. Wie die Frage der Genmanipulation nicht dem ethischen Restbestand der modernen Naturwissenschaften zugemutet werden kann, so erst recht nicht das Spiel mit der Rüstungsspirale dem begrenzten Denkhorizont von Abrüstungsexperten. Auch die Umverteilung einer knapp gewordenen Arbeit und die Arbeitszeitverkürzung können nicht allein durch den eingespielten Mechanismus einer heiligen Tarifautonomie realisiert werden, sondern erfordern einen breiten öffentlichen Diskurs, wenn die Spaltung der Gesellschaft in einen dynamischen Kern‘ und einen ‚Armutbezirk‘ nicht zur Dauereinrichtung der neunziger Jahre werden soll.“

Damit sind auch die Gewerkschaften dieses Landes gefordert, die bei den letztjährigen Kämpfen um die Umverteilung der Arbeit durch kürzere Wochenarbeitszeiten eine Pilotfunktion übernommen haben. Doch gefordert ist mehr als dies. Gefordert ist das Engagement für eine qualitativ neue Fortschritts- und Zukunftsidee, für die die Schaffung humaner Arbeits- und Lebensbedingungen das primäre Ziel ist, und das heißt auch: für ein neues Modell des Wirtschaftens jenseits der vorgefundenen und erstarrten Systemalternative: Kapitalismus oder etatistischer Kommunismus, dessen Stagnationsprobleme jetzt allerdings durch die neue sowjetische Reform- und Öffnungspolitik angegangen werden.

Mit anderen Worten: Die Gewerkschaften müssen wieder zum Bannerträger jener Utopien der Arbeiterbewegung werden, die die Sozialdemokratie auf dem Wege zur Volkspartei über Bord geworfen hat. Schließlich hatte der DGB einmal Theoretiker vom Schlage eines Viktor Agartz, der die seinerzeit fortschrittlichsten gewerkschaftlichen und gesellschaftspolitischen Positionen vertreten hat und einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sowjetkommunismus einzuschlagen suchte, bevor er - und mit ihm die Avant-

garde der Gewerkschaftsbewegung nach 1945 - zwischen den Mühlsteinen des Kalten Krieges zerrieben wurde. Der Rückgriff auf die von außen und innen verhinderten beziehungsweise vorzeitig abgebrochenen Neuordnungsvorstellungen der Arbeiterbewegung nach dem Krieg könnte jedenfalls dazu beitragen, wieder eine gesellschaftspolitische Perspektive und Alternative für die Zukunft zu gewinnen. Denn oft sind es gerade die unerlösten und verschütteten Träume der Vergangenheit, aus denen die Musik der Zukunft erklingt.

Die „konkrete Utopie“ einer sozialistischen Freizeitgesellschaft

Wenn ich hier von Zukunftsmusik und Utopie spreche, dann rede ich nicht einem abstrakten und utopischen Gesellschaftsentwurf das Wort, der bloß in unseren Köpfen existiert. Einer der Kardinalfehler der 68er-Linken bestand darin, daß sie ihren Utopiebedarf vornehmlich an externe und exotische Vorbilder, an die vermeintlichen sozialistischen Paradiese in der Karibik und im Fernen Osten geheftet hat. Ihre anfängliche Begeisterung mußte notgedrungen in Resignation umschlagen, als sich zeigte, daß die Volksrepubliken in der asiatischen Zone mangels demokratischer Traditionen beileibe kein „Reich der Freiheit“ verkörperten. Nicht an abstrakten Sozialismus-Vorstellungen, sondern an den inneren Widersprüchen und Entwicklungsprozessen, die die „Umwälzungsfermente der neuen Gesellschaftsform“ enthalten (um ein Wort von Marx zu benutzen), hat das Politikkonzept einer Linken anzusetzen, die auf der Höhe ihrer Zeit sein will.

Bei der Interpretation der modernen Produktivkraftentwicklung, der elektronischen und Robotertechnologie, gab es lange Zeit - und gibt es noch heute - unter Grünen, Alternativen und Gewerkschaftern eine Haltung, die an den Widerstand der Kirche beim Eintritt in die kopernikanische Welt erinnert. Man erblickte - und erblickt - in der EDV- und Robotertechnologie vor allem ein destruktives, beinahe höllisches Programm zur Modernisierung des Kapitalismus und übersieht dabei, daß diese Entwicklung über die Grenzen des Kapitalismus hinausweist; und zwar so weit, daß wir schon heute an der Schwelle zu einem gesellschaftlichen Umbruch stehen, der sich in seiner Tragweite durchaus mit der kopernikanischen Wende zu Beginn der Neuzeit vergleichen läßt.

Die elektronische und Robotertechnologie hat nämlich erstmals in der Geschichte der Menschheit die Voraussetzungen für eine qualitative neue Gesellschafts- und Wirtschaftsform geschaffen, die nicht mehr auf der klassischen „Ökonomie der Arbeitszeit“ gründet. Da immer weniger menschliche Arbeitskraft und Arbeitszeit zur Herstellung des gesellschaftlich notwendigen Warenkontingents aufgewendet werden muß, geht auch das Zeitalter der Wert und Mehrwert schöpfenden Arbeit tendenziell seinem Ende zu, wie es Karl Marx in den „Grundrissen“ genial vorweggenommen hat: „Der Diebstahl an fremder Arbeitszeit, worauf der jetzige Reichtum beruht, erscheint als miserable Grundlage gegen diese neu entwickelte, durch die große Industrie selbst geschaffene. Sobald die Arbeit in unmittelbarer Form aufgehört hat, die

große Quelle des Reichtums zu sein, hört und muß aufhören die Arbeitszeit sein Maß zu sein und daher der Tauschwert das Maß des Gebrauchswertes ... Damit bricht die auf dem Tauschwert beruhende Produktion zusammen . . . Die *freie Entwicklung der Individualität ist jetzt das Ziel*... und überhaupt die Reduktion der notwendigen Arbeit der Gesellschaft zu einem Minimum, der dann die künstlerische, wissenschaftliche und so weiter Ausbildung der Individuen durch die für alle frei gewordene Zeit und geschaffenen Mittel entspricht . . . Denn der *wirkliche Reichtum ist die entwickelte Produktivkraft aller Individuen*. Es ist dann keineswegs mehr die Arbeitszeit, sondern die disposable time (die Freizeit) das Maß des Reichtums."

Der hochautomatisierte kapitalistische Produktionsprozeß hat die objektiven Voraussetzungen dieser Marxschen Utopie längst geschaffen. Ein „Vorschein“ dieser Utopie ist der Werte-Wandel, der sich heute in Form wachsender Bedürfnisse nach individueller Selbstverwirklichung und Kreativität ausdrückt; Ansprüche, die sich nicht mehr nur auf den Freizeitbereich, sondern längst auch auf den Arbeitsbereich beziehen. Die vermehrte Freizeit hat die Menschen auf den Geschmack gebracht, selbstbestimmt leben und arbeiten zu wollen. Die Arbeit als Fron hat ihren Mythos verloren. Der Absolutheitsanspruch der alten Berufs- und protestantischen Arbeitsethik hat sich überlebt.

Damit aber bahnt sich eine Umwälzung aller bisherigen, auf bloßer Leistung und Arbeit gegründeten Moralbegriffe, Ethiken und Sinnbestimmungen an; eine Entwicklung, die inzwischen auch von den Unternehmern gesehen wird. Immer mehr Arbeitgeber bekräftigen neuerdings auf Kongressen und in Arbeitskreisen die Notwendigkeit, ihre „Mitarbeiter zu motivieren“. Die höchste Aufgabe des Vorgesetzten wird als „Dienst an der Kreativität der Mitarbeiter“ definiert. In einem der jüngsten Unternehmerpapiere heißt es: „Motivation - das heißt heute mehr denn je Akzeptanz des mündigen Bürgers im Betrieb als Mitdenker und Mitgestalter in seinem demokratischen Verständnis und Entwicklung von Unternehmensstrukturen, in denen er sich eigenverantwortlich und leistungsbereit entfalten kann.“

Es ist klar, daß die neuen Sozialtechniken, die auf den hochmotivierten, kreativen und mündigen Mitarbeiter setzen, primär dazu dienen, diesen zu noch höheren Leistungen, zur noch besseren Erfüllung des Unternehmenszieles anzuspornen. Auch die in vielen Unternehmen eingerichteten „Qualitätszirkel“, Analyse- und Problemlösungsteams, Benutzerbeteiligungen und so fort dienen letztlich dem Ziel der Profitmaximierung. Doch ist der unternehmerische Appell an den „kreativen Mitarbeiter“, der „Spaß an der Arbeit“ haben soll, nicht nur modische Phraseologie und philanthropische Augenschweifelei, sondern bezeichnet auch eine reale gesellschaftliche Tendenz. Es wäre daher kurzsichtig, in den neuen Motivations- und Beteiligungsstrategien der Arbeitgeber nur noch geschicktere Manipulationstechniken zu erblicken. Denn sie sind auch Ausdruck der objektiven Unfähigkeit der Unternehmensleitungen, die Nutzung kreativer Potentiale, den Umgang mit immer komple-

xeren Systemen in den Betrieben über die alten hierarchische Betriebsstrukturen zu verwirklichen. Damit zeichnen sich neue Formen der Beteiligung und Mitbestimmung ab, die aus der technologischen Entwicklung selbst hervorgehen, und die die Gewerkschaften unbedingt aufgreifen und nutzen sollten.

Je mehr nämlich die Mitarbeiter qualifiziert und befugt werden, in die Entscheidungsbefugnisse der Unternehmensleitungen mit einzugreifen, desto größer wird mit der Zeit ihre Kompetenz. Es wird dann auch der Grundwiderspruch der kapitalistischen Produktionsweise, der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung auf einer neuen Stufe hervortreten; die private Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel wird zunehmend als Anachronismus und als Hemmnis der weiteren gesellschaftlichen und demokratischen Entwicklung für immer mehr Menschen erkennbar werden.

Jedenfalls hat sich das welthistorische „Projekt Sozialismus“ nicht schon deshalb erledigt, wie so viele Konservative heute frohlockend und manche Linke resignierend konstatieren, weil der reale, in Wirklichkeit strukturell deformierte Sozialismus in Osteuropa und der asiatischen Zone in einer tiefen Krise steckt; eine Krise, die die Folge der stalinistischen Fehlentwicklung in den dreißiger Jahren und des jahrzehntelangen Belagerungszustandes durch den westlichen Imperialismus ist.

Nach einem Satz von Marx ist alle bisherige Geschichte nur die Vor- und Vorbereitungsgeschichte der wirklichen Geschichte der Menschheit. Dieser Satz ließe sich auch auf den „realen Sozialismus“ übertragen, der - allem Anschein nach - noch der Vor- beziehungsweise Vorbereitungsgeschichte des Sozialismus angehört. Denn sein primärer Inhalt war die Entfaltung des materiellen Reichtums, das Nachholen eines Industrialisierungsprozesses auf der Basis hochzentralisierter Produktionsmittel in den Händen des Staates. Die sozialistische Bewegung in den hochentwickelten Industriegesellschaften des Westens, in denen materieller Reichtum im Überfluß vorhanden ist, braucht sich bei der „Vorgeschichte des Sozialismus“ nicht mehr lange aufzuhalten; sie könnte, die politische Machtübernahme vorausgesetzt, schon bald zur wirklichen Geschichte des Sozialismus übergehen, der die Verwirklichung des reichen Individuums im Kollektiv zum Ziel hat und die besten Traditionen der bürgerlichen Demokratie - parlamentarisches Mehrparteiensystem, Gewaltenteilung und republikanische Freiheiten - aufbewahrt; im Sinne des berühmten Wortes von Rosa Luxemburg: „Keine Demokratie ohne Sozialismus. Kein Sozialismus ohne Demokratie!“

Jedenfalls haben diejenigen das Wesen, die widersprüchliche Tendenz unserer Epoche nicht begriffen, die nur noch fatalistische und apokalyptische Bilder an die Wand malen. Noch nie in der Geschichte der Menschheit wohnten Katastrophe und Utopie so dicht beieinander wie heute. Die Möglichkeit der atomaren Menschheitsvernichtung ist uns ebenso gegeben wie die,

vermittels unserer hochautomatisierten Produktionstechnologie den Hunger in der Welt zu beseitigen. Die Möglichkeit, Natur, Umwelt und Biosphäre für alle Zeiten zu ruinieren, steht uns ebenso frei wie die, durch entsprechende politisch-ökonomische Strukturveränderungen erstmals über die Schwelle einer sozialistischen Freizeit-Gesellschaft zu treten, wie die Welt sie noch nie gesehen hat.

Angesichts dieser Doppeldeutigkeit der historischen Situation - wäre es da nicht die Aufgabe aller fortschrittlichen Kräfte, auch die Aufgabe der Gewerkschaften, wieder „jenes weitestreichende Fernrohr“ anzulegen, das „notwendig ist, um den wirklichen Stern Erde zu sehen“? Nach Ernst Bloch heißt dieses Fernrohr „konkrete Utopie“ - und ich füge hinzu: die „konkrete Utopie“ der „Solidarität 2000“.